

Handwerksbrief 1/2014

Handwerk nutzt Parlamentarischen Abend für intensive Gespräche



Der CDU-Landtagsabgeordnete Hans Hinrich Neve (2. v. re.) im Gespräch mit Präsident Ulrich Mietschke (re.) sowie (v. li.) Andreas Kröger, Harald Plath und Rüdiger Möller.

Bei den meisten Kollegen sind die Auftragsbücher voll. Rosige Zeiten, alles in Butter? Naja, nicht ganz: Immer wieder sind es Ideen und Gesetze aus dem politischen Raum, die unseren Betrieben das Leben schwer zu machen drohen. Insofern war es eine logische Schlussfolgerung, dass auch unser diesjähriger Parlamentarischer Abend gut besucht und von vielen Gästen genutzt wurde, um in direkten Gesprächen mit Politikern aller Parteien auf die Sichtweisen des Handwerks hinzuweisen. Präsident Ulrich Mietschke begrüßte rund 100 Besucher, darunter den stellvertretenden Landtagspräsidenten Bernd Heinemann, Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (beide SPD), Oppositionsführer Johannes Callsen (CDU) sowie die Europaabgeordnete Britta Reimers (FDP), außerdem zahlreiche weitere Abgeordnete aus dem Kieler Landtag. „Die wirtschaftliche Lage ist gut, darüber können wir nicht klagen“, so Mietschke.

Und dennoch: „Diese positive Entwicklung darf nicht durch kurzsichtige politische Entscheidungen torpediert oder durch Selbstzufriedenheit gefährdet werden.“ Unser Land und unser Handwerk seien weiterhin auf Dynamik angewiesen: „Wir brauchen in Deutschland Raum für Fortschritt, Innovation, Modernisierung und Kreativität.“ Das Gegenteil davon sei das geplante Rentenpaket – siehe rechts. Ein flächendeckender Mindestlohn, die Finanzierung der Rente mit 63, höhere Beiträge zur Pflegeversicherung – all das mache reguläre Arbeit unnötig teurer, so Mietschke, und treibe viele Kunden in die Schwarzarbeit. Auch der Verzicht auf den Abbau der kalten Progression führe dazu, dass viele Menschen auf die Schattenwirtschaft ausweichen. Mietschke: „Experten erwarten, dass die Schattenwirtschaft durch das Reformprogramm um 5,3 Mrd. Euro (!) wachsen wird – das ist keine vernünftige Sozialpolitik.“

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,



die neue Bundesregierung ist seit wenigen Monaten im Amt und hat sich umgehend ihren teuren Wahlversprechen gewidmet. Unter dem Motto „Nicht geschenkt. Sondern verdient.“ wird das größte und teuerste Rentenpaket geschnürt, das Deutschland je gesehen hat. Mit Kosten von ca. 160 Mrd. Euro bis 2030 liegen die Kosten deutlich über den Einsparungen, die die Rente mit 67 erzielt.

Diese Entwicklung bereitet mir große Sorge. Denn statt die Rentenversicherung insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zukunftssicher zu gestalten, werden kurzfristig neue Leistungen eingeführt, die nur wenigen zugutekommen, aber viele belasten. Betroffen ist dabei nicht nur die junge Generation, die bereits jetzt die meisten Lasten zu tragen hat. Betroffen sind auch die Betriebe, die steigende Lohnzusatzkosten zu erwarten haben – gerade dies ist für das arbeitsintensive Handwerk eine schlechte Nachricht.

Zudem schwindet das Vertrauen in die Rentenversicherung und den Generationenvertrag, wenn eine Rentenpolitik nach Kassenlage gemacht wird. Der Verzicht auf die gesetzlich vorgeschriebene Senkung des Beitragssatzes auf 18,3 Prozent zum 1. Januar muss scharf kritisiert werden, denn er ist ein tiefer Eingriff in die Taschen der Beitragszahler. Die Politik sollte noch einmal überlegen, ob die Umsetzung teurer Wahlversprechen, von denen nur wenige profitieren, wirklich der richtige Weg ist.

Ihr

Ulrich Mietschke
Präsident Handwerk
Schleswig-Holstein e.V.

Sozialversicherungsbeiträge: Landtag vergibt Chance

Seit 2006 ist es ein großes Ärgernis: Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Um die Sozialversicherung zu stabilisieren, hatte die damalige rot-grüne Bundesregierung im August 2005 beschlossen, den Fälligkeitstermin der Sozialversicherungsbeiträge ab Januar 2006 vorzuverlegen. Anstatt wie ursprünglich bis zum 15. des Folgemonats, mussten die Arbeitgeber fortan die Sozialversicherungsbeiträge bereits zum drittletzten Bankarbeitstag für den Folgemonat zahlen. Sie müssen die Beiträge also bereits zu einem Zeitpunkt zahlen, zu dem die tatsächliche Höhe, insbesondere bei Abrechnungen nach erbrachten Arbeitsstunden aufgrund von Krankheit, Baustellenwechsel, Leistungsänderungen oder Witterungsbedingungen etc., noch nicht hinreichend bekannt ist. Im Folgemonat müssen daher die Erklärungen der Arbeitgeber entsprechend den tatsächlichen Entgelten regelmäßig korrigiert werden. Es ist also eine zweite Lohnabrechnung zur Korrektur erforderlich, wodurch insgesamt ein erheblicher bürokratischer und finanzieller Mehraufwand entstanden ist. Statt 12 sind nunmehr 24 Lohnabrechnungen notwendig.

Die gute finanzielle Lage der Sozialversicherung haben nunmehr CDU und FDP im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Anlass genommen, um eine Abkehr von der Vorfälligkeit zu fordern (Drucksache 18/1526). Für den wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion Hartmut Hamerich ist es an der Zeit, den Unternehmen im Mittelstand die Liquidität zurückzugeben und ihre Abhängigkeit von der verzinnten Vorfinanzierung über den Kapitalmarkt zu verringern. Auch Christopher Vogt, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP, forderte, die Unternehmen vom erheblichen bürokratischen Mehraufwand zu befreien.

Lars Harms vom SSW zeigte Verständnis für die Forderung, warnte jedoch vor einem Schnellschuss. „Über diese Aussage bin ich schon etwas verwundert“, so Geschäftsführer Tim Brockmann im Anschluss an die Debatte, „denn statt einen solchen Schnellschuss zu verhindern und die Thematik in Ruhe im Ausschuss zu beraten, lehnte auch der SSW den Antrag ab. Dies nenne ich Schnellschuss!“ Erschreckend war, welche Bedeutung die SPD dem Antrag zukommen ließ. Der Ab-

geordnete Lars Winter sprach von einem „Showantrag, der nicht in den Landtag gehört“. Bürokratische Belastungen für die Unternehmen, die durch die Vorfälligkeit entstünden, stellte er in Abrede und warnte vielmehr davor, dass durch eine Rückkehr zum alten System neuer bürokratischer Aufwand entstünde.

Eine Überweisung in den Ausschuss hielt Winter für entbehrlich und überzeugte mit dieser Auffassung sogar seine Koalitionskolleginnen und -kollegen von den Grünen – obwohl deren ehemalige Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt sich noch im Bundestagswahlkampf für eine Abkehr von der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge für Handwerksbetriebe eingesetzt hatte – nachzulesen im *Nordhandwerk 09/2013*.

„Ich finde es sehr bedauerlich, dass die Regierungsfractionen die Chance zur Entbürokratisierung nicht genutzt haben. Mit Rückkehr zum alten System könnten nicht nur 12 Lohnabrechnungen eingespart werden, sondern die Betriebe erhielten endlich die Liquidität zurück, die ihnen 2005 genommen wurde“, so Geschäftsführer Tim Brockmann abschließend.

Momentaufnahmen vom Parlamentarischen Abend



Die Referenten des Abends: Torben Vahle (links) und Enno de Vries.



Kammerpräsident Horst Kruse (Mitte) in angeregten Diskussionen



Geschäftsführer Tim Brockmann begrüßt Landtagsvize Bernd Heinemann



Präsident Mietschke und IB.SH-Vorstand Dr. Michael Adamska



Interessierte Zuhörer, darunter UV Nord-Geschäftsführer Michael Thomas Fröhlich (2. v. re.) sowie der stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende und Nordkirche-Präses Dr. Andreas Tietze (3. v. li.)



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer

Besuch im Landtag: Handwerk verfolgt Debatten

Quasi als Einstimmung auf den Parlamentarischen Abend unseres Verbandes hat eine Delegation aus dem Handwerk, bestehend aus Landesinnungsmeistern, Kreis- und Handwerksmeistern, Obermeistern und Geschäftsführern unserer Mitgliedsorganisationen, den Schleswig-Holsteinischen Landtag besucht. Empfangen wurde die 30köpfige Gruppe unter der Leitung von Präsident Ulrich Mietschke von Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU), der zunächst die Besuchergruppe sehr herzlich begrüßte. Handwerk und Mittelstand seien das Rückgrat der Gesellschaft, lobte der Landtagspräsident das vielfältige gesellschaftliche Engagement des Handwerks. Zudem gab er einen kurzen Einblick in die Arbeit des Parlaments.

Anschließend verfolgte unsere Gruppe die aktuelle Debatte im Plenarsaal zur



Präsident Mietschke und Landtagspräsident Klaus Schlie (CDU), rechts oben unsere Besuchergruppe auf der Tribüne des Landtags.

Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge (siehe dazu auch Artikel links) von der Besuchertribüne aus. Nach der Debatte stellten sich die Abgeordneten Dr. Kai Dolgner (SPD), Hans Hinrich Neve (CDU) und Burkhard Peters (Bündnis90 / Die Grünen) den kritischen Nachfragen unserer Delegation. Intensiv wurde dabei über die Debattenkultur im Plenum diskutiert. Vertreter des Handwerks schilderten ihren Eindruck, dass es bei der Diskussion im Plenum nicht um die Sache gegangen sei, sondern dass lediglich vorgefertigte politische Meinungen wiedergegeben wurden. Selbstkritisch räumten die Abgeordneten ein, dass die gesehene Debatte wohl keine Sternstunde des Parlamentarismus gewesen sei. Gleichwohl dürfe dieses auch nicht von jeder Debatte erwartet werden, so die Abgeordneten.

Präsident Mietschke zeigte sich insgesamt dennoch sehr zufrieden mit dem Besuch. „Ich glaube, mit unserem Besuch im Landtag haben wir gezeigt, dass wir nicht nur unsere Interessen vertreten, sondern uns auch für die tägliche Arbeit der Abgeordneten interessieren und dass wir diese wertschätzen.“

Er zollte den Abgeordneten großen Respekt dafür, wie sie sich der Kritik der Besuchergruppe stellten. „Ich glaube, dass es für die Landtagsabgeordneten nicht immer einfach ist, ihre Arbeit zu erklären, insbesondere dann, wenn man als Besucher nur einen kleinen Ausschnitt geboten bekommt.“

Mietschke kündigte an, anlässlich des Parlamentarischen Abends im kommenden Jahr erneut einen Besuch des Landtags im Vorfeld vorzubereiten.

Wir fordern: Rundfunkgebühren für Betriebe senken!

Weil die GEZ deutliche Mehreinnahmen bei den Rundfunkgebühren verzeichnet, plädieren zahlreiche Politiker bundesweit für eine allgemeine Senkung des Beitrags. Seitens des Handwerks sehen wir das Thema jedoch deutlich differenzierter und verweisen auf die Ursache für die Mehreinnahmen: nämlich die zuletzt stark gestiegenen Belastungen vor allem für Gewerbetreibende. Diese höheren Einnahmen haben nach uns vorliegenden Erkenntnissen zum deutlichen Anstieg der Gebühreneinnahmen geführt. Insofern ist es für uns die einzig logische Konsequenz, dass die Beitragserhöhungen für Gewerbebetriebe wieder zurückgenommen oder zumindest reduziert werden.

Wir haben uns in dieser Angelegenheit an Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) gewandt und unsere Argumente erläutert.

Geschäftsführer Tim Brockmann: „Auf den Prüfstand gehören insbesondere die Beitragspflicht für gewerbliche Fahrzeuge sowie die Betriebsstättenabgabe für mittlere Betriebe, zum Beispiel Filialbetriebe von Bäckereien.“ Dort hatte die letzte Reform der Rundfunkgebühren teilweise zu Verdoppelungen oder gar Verdreifachungen des Beitrags geführt. Brockmann weiter: „Wir halten es angesichts der jetzigen Mehreinnahmen für falsch, politisch motiviert über eine allgemeine Absenkung des Rundfunkbeitrags zu diskutieren. Und es kann doch nicht sein, dass das Gewerbe dem Privathaushalt die Rundfunkgebühren mitfinanziert.“ Im Schreiben an den Ministerpräsidenten fordert Handwerk Schleswig-Holstein daher eine grundlegende Evaluierung und Analyse der Mehreinnahmen.

Ministerpräsident Albig hat in seiner Antwort auf unseren Appell auf noch ausstehende Untersuchungen und Einschätzungen verwiesen, ehe über die Verwendung möglicher Mehreinnahmen diskutiert werden könne. Es sei sein Wunsch, so Albig, dass auch für die von uns genannten Ziele finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Sobald konkrete Zahlen vorlägen, würden die Länder mit allen Beteiligten in den Dialog treten.

Aus Sicht des Handwerks können wir nur hoffen, dass dieser Dialog tatsächlich ergebnisoffen und mit Berücksichtigung der Interessen unserer Betriebe stattfindet. Tim Brockmann abschließend: „Es war wichtig, schon jetzt auf die Belange unserer Betriebe hinzuweisen. Wir werden am Ball bleiben und den vom Ministerpräsidenten zugesagten Dialog einfordern.“

Diskussionen in der Hauptstadt: Handwerk trifft MdB aus dem Norden



Die SPD-Bundestagsabgeordneten um Ernst Dieter Rossmann (2. von rechts).

Es ist gute Tradition für Handwerk Schleswig-Holstein, sich einmal im Jahr auf den Weg nach Berlin zu machen, um vor Ort mit den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten aller Parteien politische Gespräche über die Positionen des Handwerks zu führen. So auch in diesem Jahr. Die CDU-Abgeordneten nahmen sich viel Zeit für uns und sprachen sich für ein steuerliches Abschreibungsmodell bei der Wärmedämmung aus. Die SPD hingegen bevorzugt ein Zuschussmodell. MdB Ernst Dieter Rossmann (SPD) hofft, dass sich die Länder in diesem Thema bewegen und einigen werden.

Weiterhin haben wir uns für eine Pflichtversicherung von Selbstständigen ausgesprochen, bei freier Wahl des Modells. Ein weiteres Thema der Sozialpolitik: Die geplante Rente mit 63. Wir haben unsere Kritik dazu den Abgeordneten deutlich gemacht (siehe auch Editorial). Beide Parteien versprochen, Anreize zu schaffen, um die Frühverrentung zu verhindern. Mit dem Mindestlohn hat das Handwerk



Fast komplett: die Landesgruppe Schleswig-Holstein der CDU/CSU-Fraktion.

gute Erfahrungen gemacht – aber auch nur, weil Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam ohne staatlichen Einfluss verhandelt haben. Auch hier haben wir noch einmal deutlich gemacht, dass es bei der Tarifautonomie bleiben muss. Darüber hinaus müsse es Ausnahmen vom Mindestlohn geben, zum Beispiel bei (Schul-) Praktikanten, Auszubildenden und jungen Erwachsenen – vor allem, um junge Erwachsene für eine Ausbildung zu motivieren und nicht für eine besser bezahlte Anstellung ohne Ausbildung. SPD und CDU zeigten sich hier gleichermaßen skeptisch. Mit den Grünen haben wir uns in der Bildungsstätte Travemünde getroffen, jedoch konnte nur Dr. Valerie Wilms teilnehmen. Sie interessierte sich besonders für den Bereich Elektromobilität.

Insgesamt konnten wir die Standpunkte des Handwerks gegenüber den Abgeordneten aus Schleswig-Holstein in konstruktiven Gesprächen und bei guter Stimmung klar formulieren sowie nachhaltig vertreten.

Denkmalschutz: Nicht gegen die Eigentümer

Die Landesregierung hat mit der Anhörung der Verbände die Novelle des Denkmalschutzgesetzes auf den Weg gebracht. Im Kern sieht der Entwurf vor: Statt sich – wie bisher – mit den Gebäudeeigentümern im Vorfeld zu einigen, soll die Behörde zukünftig direkt per Anordnung Gebäude unter Denkmalschutz stellen können. Dadurch würden auf einen Schlag rund 16.000 neue Denkmale in Schleswig-Holstein unter Schutz gestellt. Darunter sind zunehmend auch Gebäude, die nach 1945

gebaut wurden, außerdem Gewerbe- und Industriebauten. „Als Verband haben wir uns kritisch zu dem Gesetzentwurf geäußert“, berichtet Geschäftsführer Tim Brockmann. „Wir haben die große Sorge, dass mit dem Gesetzentwurf die wirtschaftliche Nutzbarkeit von Denkmälern stark eingeschränkt wird. Betrieben muss es möglich sein, denkmalgeschützte Betriebsstätten wirtschaftlich zu nutzen.“ Denkmalschutz könne nur mit und nicht gegen die Eigentümer funktionieren.

Meisterbrief darf nicht abgeschafft werden!

Zwar hat die EU-Kommission in einer Pressemeldung vom 21. Februar erklärt, sie wolle den Meisterbrief nicht abschaffen – aber können wir ihr das glauben? Denn im selben Text verweist sie auf ihre länderspezifischen Empfehlungen vom Mai 2013, in denen sie eine Liberalisierung der Zugangsbeschränkungen im Handwerk empfiehlt. Immerhin erkannte die EU-Kommission an, dass Zugangsbeschränkungen „beispielsweise aus Gründen der Qualitätssicherung und des Verbraucherschutzes oder zur Sicherung eines hohen Ausbildungsniveaus sehr gut begründbar und damit gerechtfertigt“ sein können. Trotzdem sehen wir immer noch die Gefahr, dass der deutsche Gesetzgeber die Handwerksordnung auf Druck der EU liberalisieren muss. Fazit: Wir werden weiter auf allen politischen Ebenen Druck ausüben, damit der Meisterbrief erhalten bleibt!

Lkw-Maut darf nicht ausgeweitet werden!

Handwerk Schleswig-Holstein e.V. hat sich im Rahmen einer schriftlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages gegen eine pauschale Ausweitung der Lkw-Maut ausgesprochen und damit einen Antrag der FDP-Landtagsfraktion unterstützt. „Eine Ausweitung der Maut auf Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen sowie eine Absenkung der Gewichtsgrenzen würden zu einer erheblichen Verteuerung der Wege- und Transportkosten für das Handwerk führen“, kritisiert Geschäftsführer Tim Brockmann. Die Konsequenz: Kunden müssen mehr zahlen, springen eventuell ab. In der Diskussion müsse auch berücksichtigt werden, dass es sich bei der Dienstleistung im Handwerk nicht um den Transport von Waren handle. Die eigentliche Dienstleistung finde beim Kunden, auf der Baustelle oder in der Werkstatt statt. „Fahrten mit Kleintransportern oder leichten LKWs sind unvermeidbar und lassen sich nicht auf andere Verkehrsmittel, wie z.B. Busse und Bahnen, umlenken“, so Geschäftsführer Brockmann weiter.

Partner des Handwerks:



Herausgeber:

Handwerk Schleswig-Holstein e.V. • Vereinigung der Fachverbände und Kreishandwerkerschaften
Gablenzstraße 9 • 24114 Kiel • Fon 0431.98179-0 • Fax -22 • info@handwerk.sh • www.handwerk.sh

Gestaltung und Druck: www.joc-marketing.de, Heide